



Europas schwarzes Loch

Gerald Knaus Falter

October 10, 2007

Ein Dorf, 1500 Einwohner, 1370 Arbeitslose, zwei Frauen mit Jobs. Warum Arigona nicht in ihre alte Heimat zurückkehren will.

Eine Konferenz in Pristina, Montag, der 8. Oktober. Es geht um die Zukunft des Kosovo, nachmittägliche Müdigkeit greift um sich. Ein Japaner tritt ans Podium und vertreibt sie trotz leiser Stimme. Er sei „frustriert“: In anderen Balkanländern finanziere seine Institution, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), jedes Jahr Infrastrukturprojekte im Wert von sechzig bis 200 Millionen Euro. Im Kosovo sind es weniger als fünf, das Hauptproblem ist der ungeklärte Status. Nach ihm spricht ein irischer Ökonom: Die Unsicherheit über die Zukunft des Kosovo ist zu groß, das ist ein Hauptgrund für geringe Auslandsinvestitionen. Nur zwanzig Prozent der Bevölkerung haben eine Arbeit, das sei erstaunlich. Wichtig ist Bildung, meint der Ire und fragt dann: Stimmt es, dass Kosovo pro Kopf die geringsten Bildungsausgaben in Europa hat?

Danach bin ich eingeladen, über die Zukunft des Kosovo zu sprechen. Wir – meine Kollegen von ESI und ich – tun das seit Jahren, vor Studenten im Kosovo, in Denkfabriken in Washington, bei Politikern in Brüssel oder Berlin. Es geht dabei vor allem darum, Fakten zu benennen. Etwa: Die ökonomische und soziale Situation im Kosovo verschlechtert sich im achten Jahr nach dem Ende des Krieges. Auf jeden, der im Kosovo heute Arbeit hat, kommen schon fünf Angehörige, die von diesem einen Einkommen abhängig sind. Für junge Frauen sind die Aussichten besonders düster: Nur eine von zehn Frauen im erwerbsfähigen Alter hat Arbeit. Vorbilder gibt es wenige, siebzig Prozent aller erwachsenen Frauen haben gerade die Pflichtschule abgeschlossen. Die durchschnittliche Bauernfamilie hat sieben Mitglieder und etwa einen Hektar Land, gerade genug um für den Eigenbedarf etwas Gemüse anzubauen und eine Kuh zu halten. Für Unterstützung der Landwirtschaft gibt der Staat im Jahr pro Kopf weniger als zwei Euro aus. So überleben Dörfer durch Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland. Doch diese gehen zurück. Jede Abschiebung – und seit 1999 sind Zehntausende aus Deutschland und Österreich gegen ihren Willen abgeschoben worden – verschärft die Situation weiter und untergräbt die Stabilität dieser Nachkriegsregion.

Seit Jahrhunderten suchen Kosovaren Arbeit außerhalb ihrer Region: vor hundert Jahren in Istanbul und Thessaloniki, dann in Belgrad und Dalmatien, seit den Sechzigerjahren in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Doch seit 1999 sind diese Türen zu. Vor einem Jahr hat ESI eine detaillierte Studie über das Leben auf dem Land und die Migration vorgelegt: „Das gekappte Rettungsseil – Auswanderung, Familien und die Zukunft des Kosovo“ (www.esiweb.org). Die Studie beschreibt typische Dörfer wie Lubishte im Südostkosovo mit 1500 Einwohnern:

130 von ihnen haben Arbeit, darunter zwei (!) Frauen. Es gibt keinen Sozialstaat, auch in den nahen Städten kaum Arbeit, der Bauboom der Nachkriegszeit ist vorbei. So lebt das Dorf von den Überweisungen der 572 Verwandten in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich. Doch wie lange noch?

So referiere ich auch diesmal und ahne doch: statt der Forderung nach einem Umdenken in dieser Frage in Europa könnte ich auch Windmühlen bekämpfen. Denn illegale Arbeitsmigration aus dem Kosovo zu unterbinden, ist seit 1999 eines der Hauptziele europäischer Politik. Härtefälle wie die der Familien Milici und Zogaj aus Österreich sind dabei vorprogrammiert und werden in den nächsten Jahren mit wachsender Verzweiflung im Kosovo zunehmen. Profitieren werden davon nur jene, die die Nachfrage nach illegalen Wegen in eine andere Zukunft bedienen.

Das alles ist auch Ausdruck einer fehlgeleiteten Politik. Denn man weiß: Kosovo braucht viel mehr Investitionen in Bildung, bessere Infrastruktur, ländliche Entwicklungspolitik. All das aber wird es in den nächsten Jahren kaum geben. Internationale Hilfe geht zurück, die lokale Wirtschaft stagniert. Man weiß auch: Kosovo braucht einen klaren Status. Der Vorschlag von UN-Vermittler Martti Ahtisaari hat auf die soziale und wirtschaftliche Lage verwiesen, um zu argumentieren, dass man eine Lösung nicht länger aufschieben sollte. Nun scheint es freilich so, als würde auch die Lösung der Statusfrage erneut vertagt werden. Es brodeln im Kosovo, Verzweiflung greift um sich. In einem Dorf warnte mich schon im letzten Sommer ein Bauer vor albanischen Verhältnissen: Er dachte dabei an den Zusammenbruch des albanischen Staates 1997.

Man könnte Arigona verstehen, die dorthin nicht zurückkehren will. Man könnte fragen, wem damit geholfen ist, junge Kosovaren aus Österreich zurückzuschicken ohne eine andere Perspektive zu entwickeln. Nun kann man natürlich nicht unregelmäßige Migration zulassen. Unverständlich aber ist, dass nicht über geregelte Migration aus dem Kosovo nachgedacht wird. Der Bedarf besteht in vielen Teilen der EU, überdies sind in den letzten Jahren Millionen von Bulgaren und Polen, Letten und Slowaken auf der Suche nach Arbeit Richtung Westen gewandert, wie vor einer Generation Griechen und Spanier, Iren und Italiener. Sie haben Arbeit gefunden und tragen heute zum Wachstum in Spanien, Irland, Großbritannien und auch Österreich bei.

Kosovo ist aber weder EU-Mitglied noch auf dem Weg dorthin. Heute stehen dort europäische Polizisten und

Soldaten, Staatsanwälte und Grenzbeamte, eine Investition in die Stabilisierung einer wichtigen Region. Doch die dramatische soziale Lage und die Politik der Ghettoisierung untergraben genau diese Stabilität. So entsteht ein

schwarzes Loch mitten in der EU, mit einer wachsenden und zunehmend perspektivlosen jungen Bevölkerung, bewacht von europäischen Ordnungshütern. Bis zur nächsten Kosovokrise.